

Liverpool – eine post-soziale Stadt? Neoliberale Kriminalitätskontrolle und sozialräumliche Ungleichheit

ROY COLEMAN

»In ein oder zwei Dekaden wird England wissen, wie das Problem zu verwalten ist – d.h., Sie haben dann gelernt, wie die Unterkasse nicht unter die Räder gerät, auch wenn sich deren Anzahl nicht verringert hat.«
(Charles Murray, *The Sunday Times*, 3. April 2005: 6)

Dieses Eingangszitat von Charles Murray¹ umschließt eine neokonservative Version urbanen Lebens, die mühelos mit der Materialisierung der neoliberalen Ordnung britischer Städte im 21. Jahrhundert zusammengeht. In Murrays Erzählung werden städtische Ungleichheiten schlicht auf die Besorgnis reduziert, wie es gelingen kann, die Bedrohungen der gegenwärtig herrschenden urbanen Ordnung zu verfolgen, zu bestrafen und einzuhegen: gemeint sind die Armen, deren »Platz«, nach Murray,

1 Charles Murray ist ein US-amerikanischer Politikwissenschaftler und Berater, der dem American Enterprise Institute, einem neokonservativen Think Tank, nahe steht. Sein umstrittenes, aber einflussreiches Buch *Lossing Ground* (1984) ist eine Streitschrift gegen den Wohlfahrtsstaat, die auf Grundlage statistischer Untersuchungen behauptet, dass die Sozialpolitik der USA in den 1960er und 1970er Jahren ein System geschaffen habe, in dem jeglicher Anreiz für Menschen verloren gehe, ihre Lebenssituation aus eigener Kraft zu verbessern. In der Folge, so Murray, sei eine devante »Unterkasse« entstanden. 1989 besuchte Murray auf Einladung der *Sunday Times* Großbritannien, um die Lage dort mit der in den USA zu vergleichen. In seinem Artikel *The Emerging British Underclass* (1990) beschreibt sich Murray selbst als »Besucher aus einem verseuchten Gebiet, der gekommen ist, um zu sehen, ob die Krankheit sich ausbreitet«. Seitdem hat er Großbritannien wiederholt besucht, und war u.a. als Berater für die britische Regierung tätig. (Anm. d. Hg.)

sich außerhalb der »normalen« sozialen Funktionszusammenhänge befindet. Er redet einer räumlich abzugrenzenden urbanen Landschaft das Wort, in der Brüche innerhalb »des Sozialen« durchaus erwünscht sind und durch die Entfernung »derjenigen Bevölkerungssegmente [erreicht werden kann], die nicht ›fit‹ genug für die Zivilgesellschaft sind« (Murray 2005, Hervorh. im Orig.) – durch *Workfare*, Gefängnisneubauten und urbane Überwachung. Diese Vision ist fixiert auf die Kontrolle und Säuberung von Verschandelungen durch die städtischen Armen in einer sich neoliberalisierenden Stadt, in der die Ehe zwischen Staat und Kapital das äußere Erscheinungsbild des städtischen Raumes an die erste Stelle rückt. Dadurch wird die Unordnung der Armen zum Ziel disziplinierender Maßnahmen. Das folgende Kapitel kontextualisiert diese Entwicklungen in Liverpool, um die lokalen Mutationen der neoliberalen urbanen Herrschaft auszukundschaften und ihre Praxis innerhalb eines spezifischen Zusammenhangs zu offenbaren.

Im Rahmen dieser Fragestellung stellt sich die weiterreichende Frage danach, was mit »Sozialer Stadt« gemeint ist und was es heißt, in einer solchen sozial zu leben. Diese Frage ist Gegenstand intensiver Debatten und Kontroversen. Das ist keineswegs neu und repräsentiert die Hartleibigkeit der Idee des Sozialen (stets präsent im modernen politischen Diskurs und in der sozialwissenschaftlichen Literatur). Deren Bedeutung und das bisher durch politische Interventionen in den Bereichen Sozialstaat, Kriminalitätsbekämpfung und lokaler Demokratie Erreichte werden immer wieder verhandelt und herausgefördert. Das Soziale kann unterschiedliche Bedeutungen und Tonlagen annehmen, wenn politökonomische Rationalitäten um Dominanz ringen, und es kann in der Konsequenz die vorherrschenden Beziehungen zwischen individuellen und kollektiven Vorstellungen vom guten Leben reflektieren, verstärken und herausfordern sowie darüber hinaus die Beziehungen zwischen Staat und Markt neu konfigurieren. Es gab kein voll entwickeltes Goldenes Zeitalter, in dem die Soziale Stadt tatsächlich existierte, doch die »Idee« des Sozialen kann, wie sich bei Durkheim nachlesen lässt, als Vehikel verstanden werden, dass sich »um Wege der harmonischen Kooperation zwischen jenen Organen bemüht, die immer noch und immer wieder uneins aneinander geraten« und als Element, dass sich bemüht, »dadurch mehr Gerechtigkeit in deren Beziehungen zueinander zu bringen, dass die äußerlichen Ungleichheiten als Quelle dieses Übels verringert werden« (Durkheim 1984: 340). Durkheim stellte die Invasion des Marktes in die sozialen Angelegenheiten und die dadurch angeregte Deregulierung in Frage – nicht zuletzt auf dem Gebiet der Kriminalitätsbekämpfung. Für ihn stand das Soziale emphatisch gegen

individualistische und damit entpolitiserte Konzeptionen der Gesellschaft und sozialer Probleme.

Murray weist, wie Durkheim, auf ein unvermeidliches und andauerndes Problem hin: Jenes der Beziehung zwischen der Stadt, dem ›sozialen‹ Leben und den organisierten Reaktionen auf Kriminalität und Abweichung. Bei Murray – und generell bei revanchistischen Politikkonzepten (Smith 1996) – übernimmt die Darstellung von Verbrechen und Devianz die bösartige Rolle, soziale Ursachen für Ungleichheit und Kriminalität grundsätzlich auszuschließen. Die gegenwärtigen Praktiken und Diskurse unter dem Banner der Kriminalitätsprävention werden in diesem Kapitel als Ordnungspraktiken verstanden. Sie verstärken unter neoliberalen Bedingungen bestimmte kulturelle Sensibilitäten gegenüber Verbrechen, Devianz und schlechten Manieren derart, dass sie urbane Ungleichheit erhalten – sie wird in bestimmten urbanen Teilläufen eingehet und gleichzeitig spezifischen Gruppen zugeschrieben. Partnerschaften zwischen mächtigen lokalen Akteuren sind für diese Praktiken zentral und befördern, durch Marketing, einen strategischen Blick auf den städtischen Raum. Solche Partnerschaften beinhalten das Ziel, Verhaltensstandards und Aktivitäten zu kontrollieren, die die elementaren Konturen der urbanen Renaissance stören. Hierin wird die Degradierung des Sozialen offensichtlich. Diese weiter gefassten Visionen und Definitionen des urbanen Wandels liegen außerhalb der formeller Kriminalitätsbekämpfungskataloge und müssen konsequenterweise als ausschlaggebende Aspekte der Re-Moralisierung untersucht werden, die allen definitorischen Kämpfen um ›Kriminalität‹ und ›Kriminalprävention‹ inhärent ist. Projekte urbaner Kriminalitätsbekämpfung in England, durch scheinbar apolitische kriminologische Modelle aus den USA, inklusive der *Broken Windows*-These, informiert und inspiriert, haben Kriminalität in einen weiteren Kontext von ›Unordnung‹ gestellt, um so kleinkriminelle Straßendelikte, Belästigungen und ›unkonventionelle‹ Verhaltensweisen ins Visier nehmen zu können. Die *Routine Activity Theory*² hat auf ähnliche Weise eine Führungsposition erlangt und die Notwendigkeit »fähiger Hüter«, die über »richtigen Zielen« wachen, betont (Felson 1998: 52). Sie hat zudem die Rechtfertigung für das Wuchern fähiger Augen geliefert, die nun die Straßen im Vereinigten Königreich mit Kameras, Straßenwächtern (*Street Wardens*) und einzel-

2 Die *Routine Activity Theory* besagt in ihrer einfachsten Form, dass für ein Verbrechen Täter und Ziel der Tat zur selben Zeit am selben Ort sein müssen und dort niemand interveniert – es handelt sich um eine Theorie der Mikro-Ebene, die strukturelle Faktoren beim Entstehen von Kriminalität (zunächst) ausblendet. Vergleiche für einen groben Einblick die Buchbesprechung von Eck (1995) (Anm. d. Hg.).

handelsfinanzierten Straßenreinigungsinitiativen überwachen. In den Worten eines kürzlich veröffentlichten Regierungsdokuments sollen sie dazu eingesetzt werden, der »erweiterten Polizeifamilie« den Rücken zu stärken (Home Office 2003: 54). Solche »anti-sozialen Kriminologien des Alltags« (Hughes/McLaughlin/Muncie 2002) drängen nicht nur die strukturellen Ursachen von Kriminalität und Ordnungsverstößen an den Rand, sondern marginalisieren auch die strukturellen Prozesse, durch die Kriminalität und Ordnungswidrigkeit definiert und verfolgt werden.

In den vergangenen 25 Jahren hat eine komplexe Restrukturierung der Staat-Markt-Beziehungen zusammen mit der Intensivierung individualistischer Re-Moralisierungen das Terrain des Sozialen verschoben. Im Vereinigten Königreich hat sich diese Bewegungsrichtung – unter *New Labor* – zu einer »neoliberalen Variante des klassischen Konservatismus« mit einem »Neoliberalismus US-amerikanischen Stils« gemauert (Hall 2003: 14). In diesem Zusammenhang werden moralische Pflichten gegenüber Arbeit, Bezug von staatlichen Leistungen, Kriminalitätsprävention, Gesundheit und Familie zusammen mit der »Wahlfreiheit der Konsumenten« als »gesellschaftliche Meta-Werte« (Baumann 1998: 58) betont und intensiviertes Konkurrenzdenken und Marktsouveränität gefördert. Darüber hinaus sickerte der Risikodiskurs ins Justizwesen und fand dort Verbreitung, während gleichzeitig ein medial und politisch inspirierter pönal Populismus die unternehmerisch-urbane Strategie ideologisch zementiert. Diese Strategie zielt darauf, all denjenigen Vergeltung aufzuerlegen, die »unfähig sind, die Lektion zu lernen, in denen der Neoliberalismus zeigt, was er von seinen Subjekten erwartet« (Pratt 1997: 181).

Es geht also um die Frage, wie Visionen des »Sozialen« unter der Realität des neoliberalen Umbaus die demokratische Debatte, die Teilhabe am städtischen Leben und die Allokation von Gerechtigkeitsressourcen an die Bewohner der Stadt rekonfigurieren. Die Rolle, die die Kriminalitätsbekämpfung in der Stadt spielt, kann daher als Indikator dafür dienen, wie sich »das Recht auf die Stadt selbst manifestiert« (Lefebvre 1996: 173). Daher ist die Frage relevant, ob die gegenwärtigen Antworten auf Kriminalität, die Stadt hin zu oder weg von einer »überlegenen Form von Rechten [bewegen]: Das Recht auf Freiheit, auf Individualität durch Vergesellschaftung, auf die Entscheidung, wo und wie wir leben wollen« (ebd.). Die Murrayeske Beschreibung der »Unterklasse« und der daraus resultierende Rückzug auf *Zero Tolerance* und weitere urbane Sicherheitsprogramme repräsentieren Praxen einer zerstörerischen Urbanität. Diese Praxen »drohen einen Teufelskreislauf zu fördern, bei dem Versuche sozial-technischer Absetzbewegungen zu größerer Furcht vor Durchmischung führen« und so schließlich das

»soziale Gewebe« der Stadt zerlegen (Graham/Marvin 2001: 383). Statt zu fragen, ob Kriminalitätsbekämpfung in einem technischem Sinne funktioniert, sollten wir uns eine Reihe weitergehender Fragen stellen: Wem nutzt die Kriminalitätsbekämpfung, um wessen (Eigen-tums-)Ordnung ist sie besorgt, und in welchem Sinne befördert oder verhindert Kriminalitätsbekämpfung ein Ideal des sozialisierenden Potenzials der Stadt? Mit Durkheim als Pionier richteten sich frühe Ideen optimistisch an einem Ideal des Sozialen als »einer wohlwollenden und schützenden Macht« aus (zit.n. Mestrovic 1992: 5). Eher optimistisch angelegt, war der Impuls hier, eine Sozialmoral zu kultivieren, die zu einem soziologischen Verständnis von Ungleichheit beiträgt und hilft, den ausufernden Individualismus ebenso zu überwinden wie die Ungleichheit zwischen den Stadtbewohnern. Aus dieser Perspektive »darf das Verbrechen nicht länger als das Böse wahrgenommen werden, dass gar nicht präzise genug eingegrenzt werden kann« (Durkheim 1982: 102). Solche Herangehensweisen verschließen den Zugang zur »Einmaligkeit des Verbrechens« (ebd.), die als Ausgangspunkt für moralische Überlegungen dienen kann und sie blockieren sogar jedweden Ausgangspunkt zu sozialer Kritik. Heutzutage sind solche Überlegungen und Perspektiven insbesondere dadurch bedroht, dass sich die Kriminalisierung von städtischer Armut und ›Belästigungen‹ in Großbritanniens Gemeinden als Verteidigung von Interessen und Bürgern darstellt, die selbst eine geringer ausgeprägte moralische Verantwortlichkeit an den Tag legen und kaum einen sozialen Blickwinkel haben. Es geht nachfolgend um die Staat-Markt-Beziehungen in Liverpool, einer Stadt, die wie andere auch, einen umfassenden politischen, soziökonomischen und kulturellen Wandel erlebt. Eine weitere Frage betrifft den lokalen Markt-Staat und die unternehmerische Kriminalitätsbekämpfung, die sowohl individualistische moralische Vorstellungen widerspiegelt als auch verstärkt. Solche Vorstellungen gehen Hand in Hand mit einem vermarktwirtschaftlichen Blick auf den Raum, dessen Funktion allein in der ökonomischen Leistungssteigerung liegt.

Neoliberales Regieren durch Verbrechen

»Cities [...] have become increasingly important geographical targets and institutional laboratories for a variety of neoliberal policy experiments, from place marketing [...] urban development corporations, public-private partnerships, and new forms of local boosterrism to welfare policies [...] new strategies of social control, policing and surveillance and a host of other institutional modifications within the local and regional state apparatus.« (Brenner/Theodore 2002: 368)

Die neoliberalen Experimente urbaner Herrschaft formen die soziale und moralische Ordnung in der Stadt ideologisch dadurch um, dass sie den kommodifizierten Raum rehabilitieren. Diese Kommodifizierung entfaltet sich jeweils in Abhängigkeit von politischen, ökonomischen und kulturellen Bedingungen vor Ort, die sowohl kontinuierlichen wie diskontinuierlichen Pfaden folgen können. Dennoch entschwindet das Soziale innerhalb dieses Kontextes nicht vollends. Vielmehr wird es durch den Jargon der Macht so umgedeutet, dass es Feinde des Sozialen kreiert und mithin eine reaktive Verwaltung »gefährlicher Orte« und »problemeladener Menschen« erzwingt. Das Gezeter nach mehr sozialer Kontrolle der Straßen definiert ein neoliberales Politikumfeld, das Kampflinien und Möglichkeiten neu bestimmt, die innerhalb des Terrains und der politischen Sprache »des Sozialen« bestehen. Das Strafarsenal gegen Feinde einer kommodifizierten Version des Sozialen findet Hand in Hand mit der Rehabilitierung der auf Eigentum basierenden Stadt seine Anwendung. Es wird begleitet von der Redefinition von Rechten, Anspruchsberechtigungen und Formen politischer Macht, die Teil des gegenwärtigen *Roll-out* und der gegenwärtigen Reorganisation von Staatlichkeit sind (Peck/Tickell 2002). Verwertungsorientierte Stadterneuerung übt mit seinem diskursiven und materiellen Instrumentarium einen machtvollen – und in historischer Perspektive erheblichen – Druck auf die soziale und räumliche Neuordnung aus. Die Rehabilitierung des Eigentums – durch die Fokussierung auf erhaltenswertes Kulturerbe,³ Kultur- und Konsumzonen, ikonographische Architektur und steigende Grundstückspreise – verstärkt eine leistungsorientierte, bildhafte und materialistische Vorstellung von städtischem Raum. Sie liefert

3 Diese *Heritage Sites* sind Teil der Wachstumsindustrie Tourismus in Großbritannien – und in seinen ehemaligen (Straf-)Kolonien (Anm. d. Hg.).

den Kontext für die Form der Überwachung dieser Standorte und des angemessenen Verhaltens dort (Coleman 2005).

Zu Beginn müssen wir daher bereit sein, die vorherrschende Verkörperung der urbanen Ordnung anzuerkennen und zu kritisieren (Mitchell 2003). Wenn die heutigen Städte durch ›Verbrechen‹ regiert werden – und durch die spezifische Bedeutung, die diesem Begriff ideologisch aufgepfropft wird –, dann müssen wir berücksichtigen, welchen Einfluss diese Form des Regierens auf das Vergesellschaftungspotenzial städtischer Räume und staatlicher Institutionen hat. Die Auswirkungen des *Roll-back* auf die wohlfahrtsstaatliche Funktion des Nationalstaats und die neue Prioritätensetzung des Neoliberalismus in Hinblick auf soziale Belange insgesamt gestalten die lokalstaatliche Politik ebenso um, wie sie die lokale Maschinerie zur Kriminalitätsbekämpfung neu justieren.

In Liverpool stehen sich wohlfahrtsstaatliche Zielsetzungen und unternehmerische Formen ökonomischen Wachstums in Zwietracht gegenüber – wohlfahrtsstaatliche Ziele gelten bestenfalls als Zusätze, die erst im ›Nachtrab‹ an erreichte Wachstumsziele, die gründliche Veränderung der Stadt und die Wertsteigerung des privaten Sektors in Erwägung gezogen werden. Die regierungseigene *Social Exclusion Unit* ermittelte im Auftrag der Regierung, dass die Kluft zwischen Wohlstand und Armut in Liverpool im Landesvergleich am ausgeprägtesten ist. Jeglicher Anspruch auf das Soziale wird deshalb nicht allein die staatliche Fixiertheit auf die Kriminalität herausfordern (müssen), sondern sieht sich auch mit einer ätzenden Form staatlicher Restrukturierung konfrontiert, in der die gegenwärtige Stadt von der »Vision einer vollständig kommodifizierten Form des sozialen Lebens« dominiert wird (Brenner/Theodore 2002: 363). Die Entwicklung der ›geschäftsfreundlichen Stadt‹ ist ein Konzept, das – durch die unternehmerische Rhetorik des *Third Way*-Sprech – den bisherigen Gehalt und die politische Ausrichtung gegenwärtiger ›Stadterneuerung‹ erobert. Hier lässt sich der Verlauf eines lärmenden Krieges gegen diejenigen nachverfolgen, die als Feinde des neuen Sozialen gelten. Dieser Krieg wird mit einem Arsenal von Überwachungstechnologien geschlagen und durch eine verjüngte Sprache sozialer Stigmatisierung verstärkt, die sich in *New Labors* urbaner Managementstrategie eingenistet hat.

Die Auffassung der britischen Regierung, »Unternehmen [sind] Teil der Gemeinschaft und können Opfer anti-sozialen Verhaltens werden« (Home Office 2003: 70), hat die Bereitschaft der Privatwirtschaft verstärkt, Finanzierung und Verwaltung von Überwachungstechnologien zu übernehmen (McCahill/Norris 2002) – deren Einsatz wird als Ermächtigungstechnologie vermarktet, die die Konsumenten befähigt, »in Freiheit und Sicherheit einzukaufen« (Home Office 1994: 9). Daneben sind

lokale Handelskammern und privat finanzierte Konsortien des Stadtzentren-Management in strategische lokale Partnerschaften inkorporiert worden (unter dem *Crime and Disorder-Gesetz* von 1998) und zwar »nicht allein als Geldgeber«, sondern als Kompetenzvermittler in Sachen »Projektmanagement und technischem Know-how« (ebd., Abschnitt 2.33).

Diese Entwicklungen haben eine Ideologie des urbanen Raums zementiert, der durch sich selbst bewerbende unternehmerische Diskurse regiert wird – Diskurse, die, durch Geschäftsmodelle inspiriert, jene Diskurse zu sozialen Anspruchsrechten und sozial-räumlicher Teilhabe umgearbeitet haben. Die Vorstellung eines visuell gefälligen Raums, wie er durch die urbanen Leitlinien der Zentralregierung in deren Design-Handbüchern propagiert wird, bildet den Hintergrund, vor dem – unter Anerkennung des Marktzwangs – »die Optik« des städtischen Gewebes mit erfolgreicher Erneuerung, mit der Ermunterung zu angemessenen Verhaltensweisen und mit der Wohlstandsgeschichte in den Renaissance-Räumen verknüpft wird (DETR 2000; Home Office 2003a, 2003b). Diese Verknüpfung betont die leistungssteigernde Kraft der Erneuerung, die auf die Effektivität des Raums zielt. In ihm steht das Visuelle im Vordergrund, das nicht allein zu Konsum und Tourismus ermutigen soll, sondern auch zur aktiven Wertschätzung von »Kultur« und »Kunst« in der Stadt, die nun ebenfalls Teil der Konsumerfahrung geworden sind (Coleman 2005). »Wiedererwachender Bürgerstolz« muss »durch strenge Zwangsmaßnahmen« gegen eine Reihe anti-sozialer Verhaltensweisen »unterstützt werden« (DETR 1999: 2). Die Entwicklung unternehmerischer Überwachungsstrategien richtet sich zunehmend auf die Kontrolle erneuerter Räume und auf deren mögliche Zersetzung durch Mitglieder der Unterklassen. Im Jargon der unternehmerischen Erneuerung ist das »Soziale« eher in die gegenwärtigen Modelle der Kriminalitätskontrolle in Diskurs und Praxis eingepasst worden. In der Regierungsrhetorik werden Appelle an das Soziale begrifflich negativ und im Gegensatz zum Anti-Sozialen abgefasst:

»Unterschiedliche Menschen verstehen unter anti-sozialem Verhalten unterschiedliche Dinge – lärmende Nachbarn [...] »Crack Häuser« [...], betrunkenen Rabauken, die die Stadtzentren in Beschlag nehmen, Menschen, die an Geldmaschinen betteln, verlassene Fahrzeuge, Abfall und Graffiti. [...]. Antisoziales Verhalten schafft ein Umfeld, in dem sich auch schwerwiegendere Verbrechen festsetzen. Es kann überall passieren [...]. Es verschandelt das Leben der Menschen, zerstört das Gewebe der Gesellschaft und verhindert Erneuerung.« (Home Office 2003: 6, Hervorh. im Orig.)

In dem die Regierungsrhetorik die Feinde des Sozialen definiert, privilegiert sie eine Idee der sozialen Ordnung, die verteidigt werden muss. Wir erhalten eine Definition des Sozialen durch sein angebliches Gegenstück – das Anti-Soziale. Es wird unterstellt, dass ›Erneuerung‹ und ein intaktes soziales Gewebe ein und dasselbe seien. Diese Form der Erneuerung bewirbt eine ›Lebensqualität‹, die ungestört von degenerierten Truppen bleibt: Kriminellen, renitenten Abweichlern oder lästigen Individuen. Trotz der vermittelten trügerischen Illusion eines breiten definitorischen Rahmens für anti-soziales Verhalten im obigen Zitat – unterschiedliche Menschen verstehen unterschiedliche Dinge –, haben Medien und *Home Office* in Wirklichkeit nur ein ziemlich enges Verständnis davon, was ihnen als ›anti-soziales‹ Verhalten in öffentlichen Räumen gilt. Betrachten wir diese Sichtweise etwas genauer, fördert das die Vermutung, dass das ›Verschandeln‹ von Lebensqualität in erster Linie als Problem von Straßenverhalten im öffentlichen Raum, insbesondere in den Räumen der Armen, begriffen wird.

Daher hängt das Gelingen ›erfolgreicher‹ Erneuerung von der aktiven Kultivierung bestimmter Verhaltensweisen in öffentlichen Räumen und der Drosselung anderer in den revitalisierten Grundbesitzumwelten ab. Hier verzahnt sich moralische Verpflichtung mit einer Verhaltenspolitik, die versucht, die Debatte insgesamt aufzukündigen. Die Fixierung auf städtische ›Sicherheit‹ findet ihren Ausdruck in bestimmten Bildern der Straßen›kriminalität‹ und der unterstellten Unumgänglichkeit auch verpönter Lösungen wie etwa der Videoüberwachung. Dennoch lenkt die offizielle Schwerpunktsetzung auf Politiken des Verhaltens die Aufmerksamkeit weg von Politiken der Klasse, des Geschlechts und der *Rasse*, die tatsächlich die gegenwärtigen ›Erneuerungsstrategien‹ untermauern und die ungleichen Beziehungen reproduzieren. Die Lebensqualität, um die es hier geht, ist die der besitzenden und ›verantwortlich‹ handelnden Individuen und Organisationen. Durch diese Rhetorik wird die Stimme der nunmehr in Verantwortung Stehenden konstruiert und privilegiert, während die als anti-sozial Etikettierten zum Schweigen gebracht werden. Diese Spaltung wird im folgenden Kapitel in ihrer Beziehung zur Stadterneuerung in Liverpool untersucht.

Unternehmerisches Management und Kriminalitätskontrolle in Liverpool

»Alone every night [...] I would stand with a glass of wine looking out at the magnificent view over the river, and ask myself what has gone wrong with [Liverpool] this great English city. Its monumental Georgian and Victorian buildings, created with such pride, still dominated the skyline. The Liver Building itself, the epicentre of a trading system that has reached out to the four corners of the earth stood defiant and, from my perspective, very alone.« (Michael Heseltine, *The Observer*, 16. Mai 2004)

Die Agenda des Thatcherismus, am lautstärksten vom damaligen Umweltstaatssekretär Michael Heseltine nach den städtischen Unruhen 1981 vorgetragen, hat den urbanen Niedergang erfolgreich mit dem Rückzug einer aktiven Unternehmerschaft aus den urbanen Zentren in Verbindung gebracht, die von einer ausufernden Bürokratie behindert und von Kriminalität und Unordnung bedroht gewesen seien. Im Jahre 1981 wurde Liverpool mit der Einrichtung von Heseltines *Urban Development Corporations* zum ersten Standort eines neoliberalen Experiments, bei dem in der urbanen Ordnung die immerhin gewählte lokale Regierung unterwürfig unter die herrschenden Geschäftsinteressen eingeordnet wurde. Noch heute will Heseltine die Lorbeeren für den Erfolg *New Labors* bei der Ausweitung der *Trickle down-Philosophie*⁴ auf die Stadt erneuerung einheimsen. Sie habe, so Heseltine (2004), eine »neue unternehmerische Klasse [...] in den Provinzen mit Reichtum« geschaffen habe. In einem »Wie wir die großen Städte gerettet haben« betitelten Zeitungsbeitrag lobt Heseltine (2004) sich selbst für den Aufstieg dieser unternehmerischen Klasse, die unmittelbar von einer Reihe neuartiger staatlicher Institutionen und para-staatlicher Körperschaften unterstützt worden ist, zu denen etwa das *Town Centre Management*, die *City Centre Manager*, ausgegliederten Organisationen der Handelskammern und Marketingagenturen zählen. Für Heseltine liegt der Erfolg solcher Körperschaften in deren Fähigkeit begründet, die Bürokratie zurückdrängen zu können und »Verzögerungen« zu umgehen, die mit »einer weiteren Stufe« demokratischer Entscheidungsfindung, wie sie lokale Regierungen darstellen, verbunden sind (ebd.). Dieser ›Erfolg‹ wird dann im

4 In der deutschen Wohnungsbau- und Stadtentwicklungs politik als *Sicker-effekt* bekannt (Anm. d. Hg.).

Umkehrschluss durch die Wahrnehmung belegt, die Stadt sei ein »sicherer Raum für Geschäfte« (Colemann 2004).

Seit den 1980er Jahren ist die Herrschaft der Geschäftsinteressen weiter durch ihre zunehmend zentrale Rolle sowohl in der politischen Organisation als auch der materiellen Zurichtung der Stadt auf Investitionsstrategien gefestigt worden. Die Repräsentation des urbanen Raums durch kreative Auftritte ist das entscheidende Element, um solche Strategien umzusetzen und gleichzeitig darauf ausgerichtet, lokale Wählerschaften von der Legitimität eines rein unternehmerischen Stadtumbaus zu überzeugen. Dies ist etwa der Fall beim Projekt ›Kulturhauptstadt‹ Liverpool, das von seinen Architekten als ›Projekt des Volkes‹ beschrieben und mit sozial-integrativ klingenden Begrifflichkeiten eingekleidet wird – wie etwa dem Slogan *Die Welt in einer Stadt*. Die theatrale Sprache, mit der die gegenwärtige Stadterneuerung in Liverpool porträtiert wird, malt das Bild einer zukunftzugewandten, spontanen und spielerisch-leichten urbanen Szenerie, die gleichwohl die Macht der Konzerne in der Stadt betont und die Voraussetzungen dafür schafft, die Kontrolle des städtischen Raums zu organisieren. Die besondere Verantwortung der genannten marktförmigen Institutionen – und sie regieren heute den städtischen Raum – wird in den lokalen Medien häufig durch eine quasi ›heroische‹ Stellung hoch bezahlter ›Großstädter‹ repräsentiert, die der Bevölkerung Sinn und Bedeutung von staatlicher Führung, von ›Partnerschaft‹ und von lokaler Demokratie verdeutlichen (Coleman 2004). In diesem Sinne zielt der Begriff ›Partnerschaft‹ auf den Machterhalt des Kapitals durch Regulationsformen, die als strategische Orte untersucht werden können, will man die Rekonfiguration von Staatsmacht und sozialer Ordnung verstehen (Coleman/Tombs/Whyte 2005). Im Stadtzentrum Liverpools – nun von der Entwicklungsgesellschaft *Grosvenor Group* als Marke *Liverpool One* eingeführt, begrüßt der Marketingdirektor beispielsweise freudig die ›Neuen Regeln‹, die mit diesem Ort assoziiert werden, weil sie die »selbstbewusste und vielfältige Natur« der Stadt ausdrückten:

»Die ›Neuen Regeln‹ sind die treibende Kraft hinter Liverpool One, und sie beschreiben die Philosophie von Grosvenor bei der Schaffung dieses Projektes. Sechs Kernregeln werden eingeführt. [...] Sie lauten: Mache neue Regeln, beziehe jedermann ein, liebe die Stadt, denke in großen Kategorien, schaffe mehr und sei der Beste. Allerdings sind diese Regeln fluide und besitzen die Fähigkeit, sich zu ändern und sich mit dem Fortschreiten des Projektes zu entwickeln.« (Sprecher von Grosvenor, zit.n. Daily Post 2005, Hervor. im Orig.)

Die ›Regeln‹ für das neue Stadtzentrum erschaffen einen Idealnutzer für diesen Raum, denn »es handelt sich nicht um eine gewöhnliche Erneuerungsgeschichte«, denn die Einwohner Liverpools »besitzen soviel Leidenschaft, soviel Stolz und ein derartiges Verlangen einzukaufen« (ebd.). Das *Grosvenor*-Projekt in Liverpool ist mit seinem Finanzvolumen von über 900 Million Pfund⁵ und einer Ausdehnung von riesigen 170.000 Quadratmetern das größte innerstädtische Zentrumsprojekt in Europa. Gesteuert vom *Duke of Westminster*, dem drittreichsten Mann im Vereinigten Königreich mit über 630 Quadratkilometer Landbesitz und einem geschätzten persönlichen Vermögen von über sieben Milliarden Euro, verfolgt die *Grosvenor Group* ihre Interessen in 17 Ländern, darunter die Projekte *Les Puces* in Paris und *Parque Dom Pedro* in São Paulo – Lateinamerikas größter Mode- und Freizeitkomplex. Der Standort in Liverpool wurde von *Grosvenor* vom Stadtrat erworben, der den Erbpachtvertrag kostenfrei für 250 Jahre an den privaten Entwickler übergeben hat. Mit dem Ziel, Liverpool als »Europäische Stadt ersten Ranges« zu etablieren, umfasst das Projekt ein Kino mit 14 Sälen, zwei Hotels, über 21.000 Quadratmeter für Restaurants, Cafes und Bars sowie 415 Luxusapartments. Diese Form der Verherrlichung des Kapitals, die man hier beobachten kann, zielt nicht allein auf die Maximierung extern eingeworbener Investitionen, sondern überträgt auch die Verantwortung für das neue Stadtzentrum an das organisierte Kapital, das demnächst privatpolizeilich bewacht, mit bewehrten Zugängen versehen und von 400 Überwachungskameras kontrolliert wird. Die Privatisierung von 35 Straßen im Stadtzentrum, in denen kein öffentliches Wegerecht mehr gilt, verdeutlicht einmal mehr die Konsolidierung der unternehmensgeführten Netzwerke in der städtischen Politik und deren reale Macht, solche Räume nach ihren Vorstellungen zu bauen und ideologisch zu repräsentieren.

Obwohl offiziell als ›öffentlicher Raum‹ bezeichnet, stellt *Liverpool One* ein Experiment urbanen *Gatings* eines Gebiets dar, das auf hochpreisigen Konsum, Tourismus und Freizeit ausgerichtet ist. Das Projekt wird von Wachschutz nach US-amerikanischem Vorbild patrouilliert werden. Deren Aufgabe wird von einem mit dem Projekt befassten städtischen Mitarbeiter so beschrieben, dass sie »das Gesindel zu kontrollieren und auszuschließen« hätten (zit.n. Coleman 2004: 233). Ein Sprecher der Entwicklungsgesellschaft stellt die Logik dieser Strategie vor:

5 Das waren im Mai 2007 mehr als 1.3 Milliarden Euro (Anm. d. Hg.).

»Die Leute [sic!] erzählen uns, dass sie nicht nach Liverpool zum Einkaufen kommen, weil es dreckig ist, überall Kaugummi klebt und das Pflaster rissig ist. Wir entwickeln eine Reihe von Vierteln in diesem Gebiet, in denen Wachleute sicherstellen, dass die Leute angemessene Verhaltensstandards einhalten.« (ebd., Hervor. RC)

Mit Begriffen wie »angemessene Verhaltensstandards« etablieren die Manager des unternehmerischen Raums eine Variante öffentlichen Interesses, das die Umarbeitung bisher geltender sozialer Umgangsformen einschließt. In diesem Kontext wird das Netzwerk aus Kameras und Wachschutz von seinen Befürwortern ideologisch als »System des Volkes« und das Stadtzentrum als »Volkspalast« in Stellung gebracht (Coleman 2004). Die ›Neuen Regeln‹, die diese Entwicklung begleiten, können als Versuche gedeutet werden, Verwaltungen und Individuen durch eine Kombination aus Anreizen und Sanktionen unter dem Mantra einer populistischen, unternehmerischen Sprache zu bejubeln und in Verantwortung zu setzen. Die sozialen Spaltungen, die diesem Spektakel der Kapitalverjüngung zugrunde liegen, werden so mystifiziert: Eine Verjüngung, die damit sowohl Bedeutung wie Reichweite ›des Sozialen‹ und die Umrisse der ›Freiheit‹ im öffentlichen Raum verkleinert. Entscheidend ist, dass die Wahrnehmung zentraler städtischer Räume als ordentlich, sauber und ›sicher‹ eine integrale Funktion für die Realisierung von Profiten hat und dass die verfolgten Strategien zur ›Kriminalitätskontrolle‹ eine Form neoliberaler Regierungskunst darstellen, die sich mit »aggressiver Re-Regulation, Disziplinierung und Einhegung der Marginalisierten und Enteigneten« befasst (Peck/Tickell 2002: 389). Darüber hinaus wird durch diese Schwerpunktverlagerung eine klassenbasierte Image-Politik wiederbelebt, die die angeblich antiquierte ›soziale‹ Stadt hinter sich lässt, die Bürger- und soziale Rechte sowie eine Reihe öffentlicher Einrichtungen so verknüpft hatte, dass damit der soziale Anspruch, Ungleichheiten zu adressieren, verbunden war. Diese Rechte, Einrichtungen und Ansprüche werden nun mit Ineffektivität, einem politisch begründeten Amtsschimmel und mit *Disorder*-Phänomenen assoziiert. In Sonderheit werden die gegenwärtigen klassenhegemonalen Diskurse durch die Rede von selbstverantwortlichen und sich selbst regierenden Subjekten (ob sie nun zuständige Behörden, ›aktive Bürger‹, Firmen oder Konsumenten sind) gebrochen. Sie untermauern und reformulieren so ›neue‹ moralische Pflichten und Verhaltenscodices, die immer dann zur Anwendung kommen sollen, sobald man die verjüngten Stadträume durchquert. Sir David Henshaw, oberste Führungskraft des Liverpooler Stadtrats, brachte im September 2004 die Ängstlichkeiten der neuen Entscheidungseliten klar auf den Punkt, als er

davon sprach, dass »Liverpool manchmal ein verwirrend furchtbarer Ort sein kann, wo das Glas stets halb leer ist. Es gibt einige Dinge, die wir gar nicht gut machen, wie Kundenpflege, Sauberkeit, Abfall. Wir sind immer noch eine gewöhnliche Stadt.« Er sprach von der »unreifen und unverantwortlichen« Art, mit der Liverpools Bevölkerung die neue unternehmerische Verve unterminierte. Dieser kaum verhüllte Angriff gegen die »Meckerer« der Stadt (seine Worte), identifiziert Empfindlichkeiten, Verhalten und Benehmen des Proletariats als problematisch für den Erneuerungsschwung und stellte so die Weichen für die Implementierung einer umfassenden erzieherischen und disziplinierenden Strategie. Deren Ziel ist es, eine Haltung des »freundlichen Willkommens« unter den Frontarbeitern der Dienstleistungs- und Tourismusindustrie zu kultivieren, während Henshaw gleichzeitig vorschlug, Bußgelder in Höhe von 200 Euro (135 £) für das Fallenlassen von Streichhölzern, Zigaretten und Papier innerhalb der Stadt zu erheben.

Henshaws Kommentare sind Beleg dafür, wie symbolische Klassenrepräsentationen von Anstrengungen durchzogen sind, für erstrebenswerte und unerwünschte urbane Verhaltensweisen zu sensibilisieren. Diese Anstrengungen erzählen uns von der Fragilität der Mittelklasse und ihrer Ängstlichkeit angesichts der Sichtbarkeit urbaner ›Verhaltensauffälligkeiten‹, während sie zugleich versucht, die Stadt durch die Repräsentation ihrer Eliten ›nach vorne‹ zu führen. Kriminalitätskontrolle ist so in Prozesse verwickelt, die jenseits formeller Kriminaljustiz liegen und mit dem Reich räumlich-kultureller Regulation überlappen, die eines der zentralen Schlachtfelder zur Klassenkontrolle darstellt und das Vertrauen der Eliten in ›ihre‹ Stadt stabilisieren soll. Der gegenwärtige Privatisierungs-*Drive* eröffnet die Möglichkeit einer klassenbasierten Rückgewinnungs-Strategie, die alle Verhaltensweisen angreift und stigmatisiert, die jenseits des Konsums liegen (Coleman 2004). *Liverpool One* wird mit dem ›alten‹ Stadtzentrum zusammenarbeiten, wo die Geschäfte Dank eines *Business Improvement District* (BID) weiterlaufen, der das restliche Stadtzentrum abdeckt. Hier spiegelt sich die Entwicklung in den USA wieder, wo es rund 2.000 BIDs gibt. Dort, so der Anspruch, übernehmen BIDs die ambitionierte Rolle, als »Werkzeug wirtschaftlicher Entwicklung für das 21. Jahrhundert« in dem Sinne zu fungieren, dass sie die »kommerzielle Aktivität dramatisch steigern, Grundstückswerte erhöhen und als Quelle bürgerschaftlichen Stolzes dienen« können (California Civic Center Group 2002, zit.n. Jones/Hillier/Comfort 2003: 51). Darüber hinaus gelten BIDs ihren Befürwortern als flexiblere Mechanismen zur Durchsetzung ihrer Geschäftsinteressen, weil sie lokale demokratische Entscheidungsprozesse umgehen können und politischen Einfluss bereits dadurch erlangen, dass

sie – letztendlich – den Einfluss der Eliten räumlich abbilden (Coleman 2004).

2003 unter dem *Local Government and Finance Act* gegründet, operieren nun 23 BIDs als Prototypen im Vereinigten Königreich, die, wie die Broschüre des Liverpooler BID klarstellt, »überall eingerichtet werden können, wo die Geschäftsleute das wollen« (Liverpool BID 2004: 17). Wie andere BIDs benutzt die Liverpooler Einrichtung die ›Sauberkeit der Straßen‹ als Totschlagsargument, unter dessen Dach Probleme wie Marketing, Umweltschutz und die ›Sicherheit der Straßen‹ verröhrt werden. Um eine »Kultur der Reinlichkeit« durchzusetzen (ebd.), bedient sich der Liverpooler BID privat finanziert Videoüberwachung und eigens finanzierte Polizeipatrouillen, die der »Kontrolle der Bettler und Obdachlosen⁶ dienen und die bestehenden Verordnungen, den Abfall, illegalen Handel und das *Skateboarding* betreffend, durchsetzen sollen. Darüber hinaus wurde ein Auswahl- und Lizenzierungssystem ins Leben gerufen, das »qualitativ hochwertige« Straßenunterhalter und »lokale Künstler« sicherheitsüberprüft (ebd.: 25). Der Schwerpunkt ist fest auf ein »effektives Management«, das »Aussehen« und Ambiente der Straßen ausgerichtet, um vor dem Hintergrund intensivierter Städtekonkurrenz (oder was als solche wahrgenommen wird) »noch mehr Investitionen zu stimulieren« (ebd.).

Im Lichte urbaner Konkurrenz betrachtet, sind BIDs Teil des lokalstädtischen Sprungs auf den neoliberalen Karren, wobei die Kultivierung von »geschäftsfreundlichen Städten« eine alternative lokale und häufig demokratischere Vorstellung politischer Herrschaft unterminiert (Peck/Tickell 2002: 393). Dieser Karreneffekt trifft auch für die Ausbreitung der Videoüberwachung im Vereinigten Königreich zu. Auch dort wird Druck ausgeübt, solche Systeme über Finanzierungsmethoden einzuführen, die den privaten Sektor einbeziehen. Mehr noch – BIDs sind nur den Geschäften gegenüber rechenschaftspflichtig, die sich an der Finanzierung der BIDs beteiligen. Indem BIDs die unumschränkte Kontrolle über ein Territorium ausüben, verhelfen sie einer Vorstellung zur Hegemonie, nach der Unternehmen unabdingbar für die Aufrechter-

6 Der Umgang mit dem Obdachlosenproblem beschränkt sich auf das Management von deren Sichtbarkeit im öffentlichen Raum und entspricht generell der nationalen Politik: »Niemand in diesem Lande sollte betteln – es ist entwürdigend für die Bettler und peinlich für diejenigen, die von ihnen angesprochen werden. Es stellt einen Nachteil für die Gebiete dar, die dringend der Verbesserung ihres Umfelds und der sozialen Verhältnisse bedürfen, um die weitere Erneuerung der Gemeinschaft insgesamt voranzubringen. Wir müssen die Unannehmlichkeiten derer angehen, die ihren rechtmäßigen Geschäften nachgehen, aber durch die hartnäckigen Bettler betroffen sind« (Home Office 2003: 340).

haltung sozial-räumlicher Kontrolle in der Stadt sind. Und sie normalisieren – durch finanzielle Unterstützung und ideologische Repräsentation – eine Politik der Unternehmensmacht, die nur schwer zu hinterfragen ist. Wenn wir die Vorstellung von BIDs als sozialräumlicher Reproduktionstechnologie, die neue Wege städtischer Abgrenzung ins Zentrum stellt, akzeptieren, dann wird klar, dass es keine Rolle spielt, ob Kriminalitätskontrolle in einem quantitativen Sinne ›funktioniert‹. Wir erkennen vielmehr, dass diese Maßnahmen eine Aufgabe haben, die weit über die Bearbeitung strafrechtlich definierter Kriminalität hinausgeht und unterschiedlichste Verhaltensweisen umschließt. Und wir erkennen die einem Drehbuch folgende urbane Vorstellungswelt, in der die Herstellung von Ordnung selbst durch quasi-legale Formen der Kontrolle und des Zwanges angestrebt wird.

Neoliberalismus, Gewalt und die Umgestaltung des Sozialen

»[...] all constraint is not normal. Only that constraint which corresponds to some social superiority, intellectual or moral, merits that designation. But that which one individual exercises over another because he is stronger or richer, above all if this wealth does not express his social worth, is abnormal and can be only maintained by violence.« (Durkheim 1982: 146)

Bereits vor über einem Jahrhundert enthielten Emile Durkheims Schriften zur Kommerzialisierung städtischen Lebens eine Warnung vor einer ›sozialen‹ Entwicklung, die sich auf die Privilegien von Reichtum und Besitz stützt. Gegenwärtig festigt die Hegemonie einer urbanen Renaissance der Besitzenden – wie die Formen des Zwangs und der sozialen Kontrolle, die von ihnen propagiert werden – einen mit staatlichen Vollmachten ausgestatteten Exzess bei der Wahrnehmung von und der Reaktion auf Kriminalität und Unordnung, der wiederum die Interessen der Besitzenden bedient. Wie Durkheim mahnte, darf eine staatlich autorisierte Reaktion auf die Kriminalität »nicht maßlos sein, denn sonst würde niemand es wagen, sie anzugreifen und sie würde zu leicht zu einer unveränderlichen Form versteinern« (Durkheim 1982: 101). Mit der Fixierung auf räumliche Effizienz und Profit ist eine Form von Unveränderbarkeit im unternehmerischen Machtfeld verbunden, die den ›sozialen Wert‹ auf den Marktwert reduziert und Konsequenzen für diejenigen zeitigt, die unfähig sind, ›verantwortlich‹ an Marktbeziehun-

gen teilzunehmen. In Abwesenheit einer fortschrittlichen, demokratischen und sozialen Agenda und mit dem Verblissen des Sozialen vor dem Räumlichen, werden diese Beziehungen sehr wahrscheinlich durch gewalttätige Maßnahmen aufrechterhalten. In diesem Sinne bildet das soziale Handeln von unternehmerischem Management und Privateigentum eine Serie von Grenzen aus, die so die Gewalt begründen, die gegen die ›Wildnis‹ der Besitzlosen oder jene Einbildungen von den Armen, die angeblich die Werte des Eigentums unterminieren, zur Anwendung kommt (Blomley 2003: 123ff). Daher können wir nicht ignorieren, dass und wie die performative Inkraftsetzung von Eigentum »Räume konstituiert und sie mit Wertigkeit und politischen Möglichkeiten ausstattet« (ebd.: 122). Stadterneuerung durch die Besitzenden führt nicht allein eigene Regeln und raum-formende Technologien ein, sondern hat es einem Kader von Moralunternehmern gestattet, die Feinde des Eigentums als die Feinde des Sozialen zu definieren.

Techniken der Kriminalitätskontrolle und die ihnen angeschlossenen Zensurdiskurse existieren in dem Sinne als Gewaltkontinuum, als dass sie räumliche Mobilität beschneiden wollen, um so die Hemmschwelle für sündhaftes Verhalten zu erhöhen. Die Anwendung von Gewalt wird in einem mystifizierenden Kontext wahrscheinlicher, und die Ziele der Kontrolle werden durch Formen der Zensur zum Schweigen gebracht – die Botschaft an jene innerhalb des erneuerten Raums aber lautet, konsumiert oder tragt die Folgen... Das wird etwa durch das Auge einer Straßenkamera als dem gefeierten Motiv neoliberaler Räume evident. Durch die Linse der Kamera wird eine Heerschar sozialer Probleme – darunter politischer Protest, Obdachlosigkeit, Straßenhandel und unbedeutende Verletzungen lokaler Verordnungen – aus jeglichem sozialen Kontext gelöst und stattdessen durch die Linse von Verbrechen, Unordnung und ›Belästigung‹ definiert. Die Gewalt gegen Eigentumsverächter, wie sie innerhalb der Kriminalitätskontrolle ausgeübt wird, umfasst das Verscheuchen Herumlungernder, Geldstrafen für Skateboarder und Müllflegel, Ausgangssperren für Kinder, den Ausschluss aus Räumen (möglich durch *Anti-social Behaviour Orders* und Platzverweise), das Anhalten und Durchsuchen (vorrangig schwarzer Bewohner Liverpools), körperliche Attacken der Polizei und privater Sicherheitsdienste gegen Obdachlose (Coleman 2004).

In Liverpool lebt der Slogan ›Die Welt in einer Stadt‹ unbehaglich neben den offiziellen Fabeln urbaner Angst und Degenerationsszenarien, die von den lokalen Medien vorhergesagt werden und aus denen das Gespenst der Besitzlosen drohend aufragt. Die ›sicheren Orte, um Geschäften nachzugehen‹, sind zwanghaft mit einer Ästhetik aus ›Schmutz und Verbrechen‹ beschäftigt, die die wahrgenommene Notwendigkeit

verstärkt, über *Broken Windows* zu theoretisieren. Das beginnt, wenn schon sonst nichts, mit einem Fokus auf das oberflächliche Erscheinungsbild von Kriminalität und Unordnung (und endet dort vermutlich auch). In Hinblick auf das Recht, sich politisch artikulieren und einen urbanen Wohnort haben zu können, ist die soziale Signifikanz der Machtlosen beinahe vollständig durch kriminogene Schlussfolgerungen ausgerottet worden. Die Kriminalisierung von Armut und Machtlosigkeit stellt daher die überschene Kehrseite der urbanen Erneuerungspraktiken dar und verzahnt sich mit der Ansicht von Murray (2005), nach der »die Unterklassen kein Problem mehr darstellen, weil wir sie erfolgreich aus den Augen und aus dem Sinne verbannt haben.« Die damit einhergehende Gewalt kann als unternehmerischer *Backlash* gegen die Armen im Besonderen und gegen die fortschrittlichen sozialen Bewegungen der Stadt im Allgemeinen verstanden werden (Katz 2001: 108). Dieser *Backlash* der Kriminalitätskontrolle kann sowohl als Versuch gewertet werden, einige Konsequenzen neoliberalen Unternehmertums zu »verstecken«, als auch als Übung, die darauf abzielt, der lokalen Bevölkerung Zustimmung für die Führung durch das neoliberalen Unternehmertum abzugeben. Wenn ein Resultat der städtischen Überwachungspraktiken in dem Versuch liegt, machtlose Gruppen und soziale Konflikte zu verbergen, stumm zu schalten und zu mystifizieren (Coleman 2004), dann nähert sich Murrays Phantasie der optisch gereinigten Stadt ihrer Erfüllung – und zwar Dank großzügig ausgestatteter Überwachungsnetzwerke, die Fragen nach bürgerlichen Rechten und demokratischer Rechenschaftspflicht umgehen.

Die Wiedereinsetzung unternehmerischer Räume und der *Roll-out* disziplinierender Sozialkontrolle fällt mit dem *Roll-back* des neoliberalen Staates zusammen (Peck/Tickell 2002).⁷ Belege dafür finden sich in der Darstellung der Armen im kriminogenen Diskurs, der sie aus der neoliberalen Version des Sozialen und der Erneuerung der Besitzenden ausgrenzt. Nichtsdestotrotz bleiben Kämpfe um das Soziale als widersprüchliche, wenngleich verschüttete Elemente innerhalb neoliberaler Stadträume erhalten. Jüngst hat ein ökumenischer Bericht hervorgehoben, wie »das Wachstum einer Erneuerungsindustrie, die auf Immobilien, prestigeträchtige Gebäude und Großereignisse fokussiert« eine »gedankenlose Akkumulation von Wohlstand [produziert], die die Bedürfnisse der Armen ignoriert« (EIC 2006: 3). Nach diesem Bericht sind im Vereinigten Königreich soziale Fürsorge für und soziale Anerkennung von insbesondere Jugendlichen demontiert und diese zudem um-

⁷ Zu dem Phasenmodell des *Roll-back*- und *Roll-out*-Neoliberalismus siehe die Beiträge von Eick et al. sowie Eick in diesem Band (Anm. d. Hg.).

fassend dämonisiert worden. Verbunden damit zeigt eine Studie aus dem Jahre 2004, wie Ausschließung durch »finanzielles Missmanagement« innerhalb der Liverpooler Stadtverwaltung mit Blick auf deren Unterstützung der ärmsten Gruppen in der Stadt funktioniert (Audit Commission 2004). Zu diesen Gruppen zählen Obdachlose, Flüchtlinge, Asylsuchende, junge Menschen, die die Fürsorge verlassen, Senioren und Frauen auf der Flucht vor häuslicher Gewalt. Sie alle werden in dem genannten Bericht zu den Gruppen gezählt, die am »wenigsten Unterstützung« von der Stadtverwaltung erhalten (Liverpool Echo 2004). Dienstleistungen für die Obdachlosen werden in dem Bericht analog zu »den Arbeitshäusern des 19. Jahrhunderts« beschrieben (ebd.). Der Niedergang »sozialer« Kontrolle in einem Durkheimschen Sinne (als Gegengewicht zum freien Markt und ungezügeltem Individualismus) wird hier durch eine Ent-Priorisierung staatlicher Fürsorge verkörpert, die soziale Vernachlässigung erzeugt.⁸ Diese widersprüchliche Wechselwirkung zwischen Aspekten des staatlichen Rückzugs und des *Roll-out* reaktiver Praktiken der Kriminalitätskontrolle machen Gewalt zu einem immer wahrscheinlicheren Merkmal der urbanen Landschaft. Die Einhegung und Schikanierung der schwarzen Bevölkerung Liverpools wird in der Tat durch den Fakt belegt, dass jeder dritte schwarze Bewohner im Jahr 2002/03 angehalten und durchsucht worden ist – ein Anstieg von 112 Prozent (Liverpool Echo 2004). Schwarze Bewohner reichen 40 Prozent aller Beschwerden gegen die Polizei wegen solcher Kontrollen ein, und die Wahrscheinlichkeit, dass sie angehalten und durchsucht werden, liegt zehnmal höher als bei den weißen Bewohnern (Liverpool Echo 2004). Die *Racial Harassment Unit* der Stadt beschreibt eine »Kultur der Verleugnung im öffentlichen Sektor«, wenn es darum geht, die Existenz rassistischer Gewalt anzuerkennen und ihr zu begegnen (Daily Post 2006). Die Einrichtung selbst sieht ihrer möglichen Auflösung entgegen, da möglicherweise die Stadt Liverpool und die Polizei von *Merseyside* deren Finanzierung einstellen (Daily Post 2006).

Solche lokalen Praktiken werden von *New Labors* Ansatz der Reichtumsverteilung (Hills/Stewart 2005) und dem ihr selbst zugeschriebenen

8 In Liverpool wird behauptet, dass das Projekt »Kulturhauptstadt« bis 2008 zwei Milliarden Britische Pfund einbringen und 14.000 neue Arbeitsplätze in den Dienstleistungsindustrien schaffen wird, allein um das Wachstum im Tourismus bewältigen zu können (City 2003). Schlüsselbereiche der Erneuerung wie Gentrifizierung und steigenden Grundstückspreise führen, wie die Organisation *Shelter* betont, zu einem realen Anstieg der lokalen Obdachlosigkeit (Liverpool Echo 2004). Dies weist auf eine Risikoquelle für bereits verwundbare Gruppen »innerhalb« des Erneuerungsprozesses hin.

»Erfolg« gegenüber »haarigen Problemen« reflektiert und verstärkt (Watkins 2004). Riskante Verhaltensweisen des Proletariats und ihr Potenzial, die Heiligkeit der Öffentlichkeit wie die vorherrschende moralische Redlichkeit zu kontaminieren, wird als schädlich für das Proletariat selbst und für die respektierliche Bürgerschaft dargestellt, die eben jenes Proletariat als einen »Körper jenseits der Steuerung« betrachtet (Skeggs 2005: 965). Es mangelt entschieden an politischem Willen die »grotesken Karikaturen«, die von denjenigen Menschen gezeichnet werden, die mit niedrigem oder ganz ohne Einkommen im Vereinigten Königreich leben müssen, vom Kopf auf die Füße zu stellen (Bamfield 2005: 6). Deren Verhalten wird vielmehr, wie wir gesehen haben, zum Ziel einer Reihe von Selbstverantwortung einfordrenden und disziplinierenden Staatsinterventionen, die im Projekt der urbanen Erneuerung aufgehoben sind. Die Bereitschaft, eine Politik der harten Hand und die entsprechende Risikorhetorik zu entfesseln, ist offensichtlich. Sie verstärkt monströse Bilder der Armen, die als Feinde des gegenwärtigen Sozialen eindeutig in vielen der insgesamt 37 Gesetze gegen Kriminalität – erlassen zwischen 1997 und April 2005 – präsent sind. Daher sind Gewalt und der *Backlash* gegen die Armen unter neoliberalen Bedingungen wahrscheinlicher, denn der Neoliberalismus hat die moralische Apathie denjenigen gegenüber verstärkt, die »der Staat am liebsten in der Unerkennbarkeit beließ« (Pratt 1997: 182), es sei denn durch kriminogene Referenzen. Dies verstärkt die vorherrschenden Definitionen von ›Kriminalität‹, ›Risiko‹ und ›Schädigung‹, nach denen sie *ausgeschließlich* aus kraftlosen und ›unzuverlässigen‹ Menschen hervorgehen; jene Bekannt-Unbekannten, die den Glamour des neoliberalen Stadt- raumes verschmutzen.

Entscheidend ist, dass das soziale Unheil, wie es von den neoliberalen Strategen und Konzern-Akteuren⁹ verbreitet wird, damit ferner dem hochselektiven Gebrauch von Überwachungsnetzwerken eingeimpft wird. Die ›Naturalisierung‹ des Kriminellen, des Abweichlers und des Übeltäters durch das Abspielen der Videoüberwachungsaufnahmen zeigt wie in einer Synopse die Albträume, die dort folgen dürften, wo den Mächten der urbanen ›Degeneration‹ freie Hand eingeräumt dabei wird, die bürgerliche Ästhetik des städtischen Lebens zu bedrohen und zu kontaminieren. In diesem Sinne werden »die schmerzhaften Erinnerungen an die vom Kapitalismus hervorgerufenen Ungleichmäßigkeiten und Fragmentierungen aus den zentralen Räumen der Stadt gedrängt, und es werden bedeutungsvolle rhetorische wie physische Wehre gegen deren

9 Vgl. Coleman/Tombs/Whyte (2005) zur Diskussion über schädliche Konzernaktivitäten, die in unternehmerischen Städten stattfinden.

Rückkehr installiert« (Katz 2001: 107). Die Kombination aus unternehmerischem Management und generell weiter Verbreitung der Straßenüberwachung belässt jedoch andere Räume »geschützt« und »versteckt« vor zudringlicher und unablässiger Inspektion. Diese dem überwachten Auge vergleichsweise verborgenen bleibenden Räume sind aber die, wo die eigentlichen sozialen Übel – wie Formen von Unterschlagung und Betrug ausgeheckt werden (Coleman/Sim/Whyte 2002).

Schlussfolgerung: Regieren ohne Kriminalität?

Für Durkheim war es wichtig, den Kriminellen als kontaktfähig zu betrachten und nicht als »einen unerreichbaren Fremdkörper« innerhalb einer gegebenen sozialen Ordnung (Durkheim 1982: 102). Die Resozialisierung des vermeintlich Kriminellen bleibt weiter möglich, wenn wir sowohl in Rechnung stellen, dass sich das bisherige Terrain, auf dem Kriminalisierung stattfindet, unter unternehmerischen Bedingungen verändert (hat), als auch realisieren, wie sehr diese Bedingungen dazu beitragen, die Benachteiligungen für jene außerhalb des nun marktförmigen sozialen Terrains zu vertiefen. Wie bereits dargelegt, besteht das unternehmerische Management der Kriminalitätskontrolle darauf, »den Kriminellen« durch Bilder und Erzählungen jenseits der sozialen Frage zu positionieren, und diese Bilder und Erzählungen führen zugleich die unveränderliche Herrschaft anti-sozialer Eigentumsrechte ein. Damit wird die Forderung nach einem Regieren »ohne« Verbrechen aufgestellt: Das bedeutet, selbst auf ein Schwundform des Regierens zu verzichten, sobald diese darauf fixiert bleibt, sich dafür zu interessieren, dass und wie sich kollektive Antworten auf und Repräsentationen von Kriminalität und Devianz manifestieren und durchsetzen. Was die »neuen« neoliberalisierten Praktiken der Kriminalitätskontrolle intensiviert und ermöglicht haben, ist, die »alten« Erzählungen und Praktiken zu reaktivieren, die schon damals als Kriminalitätskontrolle ideologisch gegen die Armen gerichtet waren. Mit der eingehenden Überprüfung und entsprechenden Herausforderung der Markthegeemonie und mit der Auflösung der kriecherischen Unterwürfigkeit der Regierungen unter Märkte (Durkheim 1970: 255), können wir damit anfangen, den aufgezwungenen Staat-Markt-Nexus offen zu legen, seine moralischen Codes, Intoleranzen und normativen Verordnungen. Daher ist die Möglichkeit eines Regierens »ohne« Kriminalität in dem Sinne zentral für die urbane demokratische Debatte und soziale Partizipation, dass rigide Vorstellungen von, Erzählungen über und Strafformen für »den Kriminellen« als leitende Prinzipien entthront werden. Durkheims Ideen sind dafür wichtig,

weil sie eine Reihe von Argumenten gegen das liefern, vor dem uns auch Stan Cohen (1979) gewarnt hat: Nämlich vor dem Wandel zu einer ›Strafstadt‹, einer Stadt also, in der sich Identifizierung und Verfolgung Krimineller und Devianter anschicken, zum zentralen und definierenden Merkmal urbaner Herrschaft zu werden. Die deutlicher hervortretende Sichtbarkeit sozialer Kontrolle im späten 20. Jahrhundert verkomplizierte für Cohen die Grenzziehung zwischen Verantwortung und Autorität dadurch, dass immer mehr Personen und Institutionen in das Geschäft der Kriminalitätskontrolle gezogen wurden, in dessen Rahmen eine theatralische Sprache zu einer Sichtweise ermunterte, die besagt, »dass wir nicht genau wissen, was vor sich geht – Behandlung oder Bestrafung, öffentlich oder privat, hinter Gittern oder frei, innerhalb oder außerhalb, freiwillig oder erzwungen« (Cohen 1979: 360). Anders als Durkheim äußert sich Cohen jedoch sehr viel deutlicher zur komplexen Entfaltung dessen, ›was los ist‹ und dass diese Beobachtungen sowohl der ›Lokalisierung im gebauten Stadtraum bedürfen‹ (ebd.: 340), wie der Analyse seiner unternehmerischen Produktion. Daher sind eine Reihe von Fragen bezüglich der politischen Natur des gegenwärtigen Stadtraums aufzuwerfen, insbesondere hinsichtlich des anmaßenden Einflusses von Unternehmen, Medien und Regierung, deren rautierartigen Übergriffe auf die kollektive Repräsentation von Kriminalität und deren Kontrolle. Im Besonderen ist es »die Abwesenheit eines wohlfahrtsorientierten Staates und die Präsenz eben jenes Staates, der sich unentwegt weitere repressive Macht aneignet, um die Armen und die organisierte Kriminalität zu verwalten« (Lea 2002: 189), die die gegenwärtige urbane Herrschaft auszeichnet. Wir fangen hier an zu sehen, wie ein früheres Leitbild des Sozialen von einer zweitklassigen und sehr besonderen Sorge um das Räumliche innerhalb des Komplexes neoliberalen Regierens erodiert wird. Wenn die Organisation des Raums tatsächlich die Basis für die Vergesellschaftung der Stadt darstellt, dann wird klar, wie wichtig das Verständnis dieser organisatorischen und produktiven räumlichen Prozesse dafür ist, die post-sozialen Kontrollformen zu identifizieren. Womit wir heute konfrontiert sind, ist die Materialisierung einer Ordnung, in der durch Moralität und durch ein Verständnis des Sozialen als einer Serie kriminogener Brüche althergebrachte Projektionen und Repräsentationen des Problems der Kriminalität intensiviert und aufbereitet werden. Die Wiederkehr des Eigentums als realer und ideologischer Akteur im Zentrum des Städtebaus intensiviert Grenzziehungen entlang von Eigentum und »erfordert die Verinnerlichung der unterschiedlichen Eigentumsregeln, die das Verhalten, die Bewegung und das Handeln vorschreiben« (Blomley 2003: 131). In dem Maße, wie ›Kriminalitätskontrolle‹ und *Zero Tolerance* expandieren (für die

Machtlosen) beziehungsweise kontrahieren (für die Mächtigen), tragen die benachteiligten Gruppen die höchsten Kosten. Hier ist »die entsozialisierende Tendenz der Gewalt des Eigentums« besonders evident (Blomley 2003: 134), denn so wird das Eigentum in der gegenwärtigen Stadterneuerung rehabilitiert und naturalisiert. Mehr noch, die Rehabilitierung des Eigentums reproduziert Strukturen der Verletzlichkeit, indem Risiken wie Umweltverschmutzung, gefährliche und ungesunde Arbeitsbedingungen sowie die Folgen von Verkauf und Vertrieb unsicherer Produkte und Dienstleistungen ungleich verteilt werden. So wird die Neoliberalisierung durch Strategien der Klassenbeziehung gefiltert, die sich beispielsweise auch ungleich auf Opferaten und Polizeipraktiken auswirken (Coleman/Tombs/Whyte 2005). Blomley folgend, müssen wir die Rolle »des Eigentums als entscheidender Kategorie bei der Organisation sozialer und politischer Beziehungen« neu bestimmen, aber auch Ansprüche auf das Soziale erheben, die zugleich klarmachen, dass »der durch Immobilien erzeugte massive Reichtum als soziale Dividende und nicht als privater Anspruch zu behandeln ist« (Blomley 2006: 4). Ein solcher Anspruch könnte das Maskieren von Klassenbeziehungen durch das Kapital und die verspielte Repräsentation des urbanen Raums zerhauen, hängt aber von den Möglichkeiten progressiver politischer Zugänge ab, die auf der lokalen Ebene bestehen. Wie von Durkheim angemerkt, gibt es keine Orte, an denen es keine Klassenkämpfe gibt, und sie sind in dem Sinne hilfreich, als dass sie Fragen nach sozialer Gerechtigkeit stellen (Durkheim 1984: 311). Jenseits des unternehmerischen postmodernen Diskurses, der die Politisierung eigenheitsgeleiteter Stadterneuerung repräsentiert, wird diese Politisierung auch die Pflege einer Vorstellung des Sozialen beinhalten – einer Vorstellung, die unabhängig von herrschenden Institutionen oder orthodoxem politischen Denken ist –, eine Vorstellung, die heute relevant für all jene ist, die die Zweckentfremdung, wie sie im neoliberalen Regieren durch Kriminalität evident ist, in Frage stellen. Das anhaltende Verlangen, »die Lösung für das gegenwärtige System der Kriminaljustiz zu repräsentieren« (Tombs/Whyte 2003: 3), schafft ein antisoziales, rigides und vorhersagbares Verständnis von ›Kriminalität‹ und vom ›Kriminellen‹, das weit entfernt ist von dem offenen und demokratischen Verständnis des urbanen sozialen Lebens, wie es sich Durkheim vor über 100 Jahren vorgestellt hatte.

(aus dem britischen Englisch von Jens Sambale und Volker Eick)

Literatur

- Audit Commission (Hg.) (2004): *Supporting People Programme. Liverpool City Council*. Liverpool: Audit Commission Report.
- Bamfield, Louise (2005): Making the Public Case for Tackling Poverty and Inequality. In: *Poverty: Journal of the Child Poverty Action Group*, 121/Summer, S. 5-8.
- Bauman, Zygmunt (1998): *Work, Consumption and the New Poor*. Buckingham: Open University Press.
- Blomley, Nicholas (2003): Law, Property, and the Geography of Violence: The Frontier, the Survey, and the Grid. In: *Annals of the Association of American Geographers*, 93/1, S. 121-141.
- Blomley, Nicholas (2006): Editorial: Homelessness and the delusions of property. In: *Transactions of the Institute of British Geographers*, 31/1, S. 3-5.
- Brenner, Neil/Theodore, Nik (2002): Cities and Geographies of »Actually Existing Neoliberalism«. In: *Antipode*, 24/3, S. 349-379.
- Cohen, Stan (1979): The Punitive City. Notes on the Dispersal of Social Control. In: *Contemporary Crisis*, 3/4, S. 339-363.
- Coleman, Roy (2003): CCTV Surveillance, Power and Social Order: The State of Contemporary Social Control. In: Tombs, Steve/Whyte, David (Hg.): *Unmasking the Crimes of the Powerful. Scrutinising States and Corporations*. New York: Peter Lang, S. 88-104.
- Coleman, Roy (2004): *Reclaiming the Streets. Surveillance, Social Control and the City*. Cullompton: Willan.
- Coleman, Roy (2005): Surveillance in the City: Primary Definition and Urban Spatial Order. In: *Crime, Media and Culture*, 1/2, S. 131-148.
- Coleman, Roy/Sim, Joe/Whyte, David (2002): Power, Politics and Partnerships. The State of Crime Prevention on Merseyside. In: Hughes, Gordon/Edwards, Adam (Hg.): *Crime Control and Community. The New Politics of Public Safety*, Cullompton: Willan, S. 86-108.
- Coleman, Roy/Tombs, Steve/Whyte, David (2005): Capital, Crime Control and Statecraft in the Entrepreneurial City. In: *Urban Studies*, 42/Dezember, S. 2511-2530.
- Daily Post (Hg.) (2005): *Liverpool One*, 1. November.
- Daily Post (Hg.) (2006): *Cash Crisis Threat to Race Unit*, 6. Juli.
- Daily Post (Hg.) (2006): *Liverpool Gap Between Rich and Poor Highest in the UK*, 14. Juli.
- DETR. Department of the Environment, Transport and the Regions (Hg.) (1999): *Report of the Urban Task Force – Executive Summary*. DETR: London.

- DETR. Department of the Environment, Transport and the Regions (Hg.) (2000): *By Design – Urban Design in the Planning System: Towards a Better Place*. London: HMSO.
- Durkheim, Émile (1984/1893): *The Division of Labour in Society*. London: Macmillan.
- Durkheim, Émile (1982): *The Rules of Sociological Method and Selected Texts on Sociology and its Method*. London: Macmillan.
- Durkheim, Émile (1970/1897): *Suicide. A Study in Sociology*. London: Routledge.
- EIC. Ecumenical and Interfaith Commission (2006): *Faithful Cities: A Call for Celebration, Vision and Justice*. London: Methodist Publishing House and Church House Publishing.
- Eck, John E. (1995): Examining Routine Activity Theory. A Review of Two Books. In: *Justice Quarterly*, 12/4, S. 783 -797.
- Felson, Marcus (1998): *Crime and Every Day Life*. London: Pine Forge.
- Graham, Stephen/Marvin, Simon (2001): *Splintering Urbanism. Networked Infrastructures, Technological Mobilities, and the Urban Condition*. London: Routledge.
- Hall, Stuart (2003): New Labour's Double Shuffle. In: *Soundings*, 24/Summer, S. 10-24.
- Heseltine, Michael (2004): How we Saved our Great Cities. In: *The Observer*, 16. Mai.
- Hills, John/Stewart, Kitty (2005): *A More Equal Society? New Labour, Poverty and Exclusion*. Bristol: The Policy Press.
- Home Office (Hg.) (1994): *CCTV. Looking Out For You*. London: Home Office.
- Home Office (Hg.) (1998): *Guidance on Statutory Crime and Disorder Partnerships: Crime Disorder Act 1998*. London: Home Office.
- Home Office (Hg.) (2003): *Respect and Responsibility. Taking a Stand Against Anti-Social Behaviour* (CM5778). London: Home Office.
- Home Office (Hg.) (2005): *The Impact of CCTV. Fourteen Case Studies* (Online Report 15/05). Unter: <http://www.homeoffice.gov.uk/rds/pdfs05/rdsolr1505.pdf> [12.07.2007].
- Jones, Peter/Hillier, David/Comfort, Daphne (2003): Business Improvement Districts in Town and City Centres in the UK. In: *Management Research News*, 26/8, S. 50-59.
- Katz, Cindy (2001): Hiding the Target. Social Reproduction in Privatised Urban Environment. In: Minca, Claudio (Hg.): *Postmodern Geography. Theory and Praxis*. Oxford: Blackwell Publishers, S. 93-110.
- Lea, John (2002): *Crime and Modernity*. London: Sage.
- Lefebvre, Henri (1996): *Writings on Cities*. Oxford: Blackwell.

- Liverpool Echo (Hg.) (2004): *City Wasted our Cash*, 4. November.
- Liverpool Echo (Hg.) (2004): *Police Launch Race Inquiry*, 29. März.
- Liverpool Echo (Hg.) (2004): *Stop and Search Scandal*, 2. Juli.
- Liverpool BID Company (Hg.) (2004): *Liverpool City Central Business Improvement District*. Liverpool BID Company: Liverpool.
- McCahill, Michael/Norris, Clive (2002): *CCTV in Britain* (Urbaneye Working Paper, No. 3). Unter: http://www.urbaneye.net/results/ue_wp3.pdf [12.07.2007].
- Mestrovic, Stjepan G. (1992): *Durkheim and Postmodern Culture*. New York: Aldine de Gruyter.
- Murray, Charles (2005): The Advantages of Social Apartheid. In: *Sunday Times*, 3. April 2005. Unter: <http://www.timesonline.co.uk/tol/news/article376528.ece> [12.07.2007].
- The Observer (Hg.) (2003): *21st Century City. Liverpool Special Supplement*, 7. September.
- Peck, Jamie/Tickell, Adam (2002): Neoliberalizing Space. In: *Antipode*, 34/3, S. 380-404.
- Pratt, John (1997): *Governing the Dangerous: Dangerousness, Law and Social Change*. Sydney: The Federation Press.
- Smith, Neil (1996): *The New Urban Frontier. Gentrification and the Revanchist City*. London: Routledge.
- Skeggs, Beverley (2004): *Class, Self, Culture*. London: Routledge.
- Tombs, Steve/Whyte, David (2003): Scrutinising the Powerful? Crime, Contemporary Political Economy and Critical Social Research. In: Tombs, Steve/Whyte, David (Hg.): *Unmasking the Crimes of the Powerful. Scrutinising States and Corporations*. New York: Peter Lang, S. 88-104.
- Watkins, Susan (2004): A Weightless Hegemony. In: *New Left Review*, 25/January-February, S. 5-33.